



## Wiener zu Glyphosat: Informationsunterschlagung der Hersteller muss geahndet werden

*NGO-Anzeigen gegen Monsanto-Bayer. Konzern verschleiert seit Jahrzehnten, wie sich das Pestizid auf unsere Gesundheit auswirkt. Kommission hat trotzdem Zulassungsverlängerung vorgeschlagen.*

**Brüssel, 27. September.** Bereits 2019 hat der Pestizidkonzern Monsanto-Bayer einen Antrag für eine erneute Zulassung des umstrittenen Breitbandherbizids Glyphosat gestellt. Dabei wurden, wie schon in den Jahrzehnten davor, relevante Informationen zurückgehalten.

Mehrere NGOs (darunter Global 2000) haben deshalb heute eine Nachtragsanzeige gegen die Hersteller von Glyphosat eingereicht. Der Vorwurf: Monsanto-Bayer hätte unvoreilhaftige Studien vorenthalten, um die weitere Zulassung von Glyphosat nicht zu gefährden. Ähnliche Anzeigen gegen den Konzern gab es bereits 2017 und 2019.

**Sarah Wiener, Grüne Abgeordnete und Berichterstatterin der neuen EU-Pestizidverordnung (SUR),** kommentiert: *„Alle Fakten müssen auf den Tisch. Schon 2002 hat Monsanto-Bayer eine Versuchsreihe beenden lassen, als sich abgezeichnet hat, dass Glyphosat in größeren Mengen von der menschlichen Haut aufgenommen wird als gedacht. Andere Untersuchungen wurden zwar durchgeführt, aber nicht für die Zulassung eingereicht. Kinder haben etwa laut einer Studie ein erhöhtes Risiko für Entwicklungsstörungen, wenn ihre Mütter während der Schwangerschaft Glyphosatrückständen in der Luft ausgesetzt sind.“*

*Die Hersteller haben das gewusst und in der Schublade verschwinden lassen. Die Anzeigen der NGOs machen klar, wie voreingenommen das Zulassungsverfahren für Glyphosat von Anfang an war. **Um diesen Manipulationen ein Ende zu setzen, müssen die Hersteller verpflichtet werden, alle Studien zu ihren Produkten vorzulegen.** Wenn nicht, müssen empfindliche Geldstrafen drohen. Die Politik hat die Aufgabe, Menschen vor Gesundheitsrisiken zu schützen und das EU-Vorsorgeprinzip konsequent anzuwenden.“*

Trotz dieser Unstimmigkeiten hat die Kommission letzte Woche eine Zulassung des Wirkstoffes bis 2033 vorgeschlagen. Die Abstimmung über die Verlängerung der Zulassung findet **am 12. oder 13. Oktober im Scopaff**, im ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebens- und Futtermittel des Rates, statt.

Aktuell scheint das Pendel eher pro Glyphosat auszuslagen, **Wiener fasst zusammen:** *„Als die Zulassung vergangenen Herbst provisorisch ein Jahr verlängert wurde, um den EU-Behörden mehr Zeit für ein Gutachten zu geben, waren sich die Mitgliedsstaaten nicht einig. Der Rat sollte die*

*Verlängerung klar ablehnen. **Österreich hat bereits ein Nein zu Glyphosat angekündigt, das ist ein folgerichtiger Schritt nach Beurteilung der Sachlage.** Profitinteressen von Konzernen dürfen nicht über unserer Gesundheit und einer intakten Umwelt stehen: Bei Zweifel lieber mehr Forschung und vorerst keine Zulassungsverlängerung. Alternativen zu Glyphosat gibt es zur Genüge. Zudem wollen die Menschen in der EU mehrheitlich kein Glyphosat, das haben auch die Kommission, der Rat und Bayer/Monsanto zu respektieren.“*

Die heute veröffentlichte Anzeige von Global 2000:

[https://www.global2000.at/sites/global/files/Sachverhaltsdarstellung\\_unterfertigt\\_Website.pdf](https://www.global2000.at/sites/global/files/Sachverhaltsdarstellung_unterfertigt_Website.pdf)

Studie zu den Auswirkungen von Glyphosat auf Schwangere und Kleinkinder:

<https://www.bmj.com/content/364/bmj.l962>

Studie „Alternativen zu Glyphosat“,: <https://www.greens-efa.eu/en/article/study/weed-management-alternatives-to-the-use-of-glypohosate>

Ludmilla Reisinger

Pressesprecherin Sarah Wiener, MEP

[ludmilla.reisinger@la.europarl.europa.eu](mailto:ludmilla.reisinger@la.europarl.europa.eu)

+43 660 3213732